

24. November 2010

Recht auf Sterbehilfe?

Gerichtshof für Menschenrecht befasst sich mit deutscher Klage.

STRASSBURG. Muss der Staat Hilfe zur schonenden Selbsttötung gewähren? Diese Frage verhandelte am Dienstag der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg. Kläger ist der Witwer Ulrich Koch, der einen Musterprozess durch alle Instanzen führt.

Seine Frau Bettina war 51, als sie im April 2002 beim Ausladen ihres Autos stürzte und dabei den Nacken brach. Seither konnte sie nur noch den Kopf bewegen. Trotz der Lähmung spürte sie Schmerzen am ganzen Körper. Die Ärzte erklärten, ihr Zustand sei stabil, sie habe noch viele Jahre zu leben.

Da beschloss Bettina Koch, sich selbst zu töten. Sie stellte beim Bundesamt für Arzneimittel in Bonn den Antrag auf Abgabe einer tödlichen Dosis Natriumpentobarbital. Das Narkosemittel führt laut Experten zu einer Art natürlichem Einschlafen. Doch das Bundesamt lehnte unter Berufung auf das Betäubungsmittelgesetz ab. Die Vernichtung von Leben sei im Gesetz nicht vorgesehen. Also ließ sich Bettina Koch im Februar 2005 in die Schweiz fahren, begleitet von Mann und Tochter. Dort tötete sie sich dann mit Hilfe der Schweizer Organisation Dignitas selbst – mit Natriumpentobarbital, das dort an lebensmüde Schwerstkranke verschrieben werden darf.

Ihr Mann allerdings führte das Verfahren gegen das Bonner Bundesamt fort und will erreichen, dass künftig auch in Deutschland ein risikoloser und schonender Suizid möglich wird. Bisher ohne jeden Erfolg. Als letzte Möglichkeit rief Koch nun den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte an, der überraschend eine mündliche Verhandlung anberaumte. Das Urteil wird in einigen Monaten verkündet.

Autor: Christian Rath

WEITERE ARTIKEL: DEUTSCHLAND

Abrechnung im Bundestag

Bei der Generaldebatte über den Haushalt haben SPD, Grüne und Linkspartei der Regierung Untätigkeit und Fehlentscheidungen vorgeworfen. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ging ihrerseits die Opposition hart an und verteidigte ihre Politik. **MEHR 4**

Merkel nimmt sich die Grünen vor

In der Haushaltsdebatte spielt die SPD für die Kanzlerin nur eine Nebenrolle / Steinmeier ist eher fade, Künast angriffslustig. **MEHR 2**

Uneins über Terrorabwehr

Die Union will die Vorratsdatenspeicherung ändern, doch die Justizministerin bleibt hart. **MEHR**